

# DIE HAUPTTRENDS WESTDEUTSCHER GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE OSTDEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN<sup>1</sup>

*Von Karl Möckel*

„In der Tat beruht die vitale Kraft des Bürgertums keineswegs auf den Eigenschaften seiner normalen Mitglieder, sondern auf denen der außerordentlich zahlreichen outsiders, die es infolge der Verschwommenheit und Dehnbarkeit seiner Ideale mit zu umschließen vermag.“ Diese Auffassung Hermann Hesses in seinem 1927 erschienenen Roman „Der Steppenwolf“ ist nicht nur ein Plädoyer für den Außenseiter, ist nicht nur Ausdruck eines in Deutschland oft erlebten Identitätskonfliktes zwischen Kultur und Gesellschaft, ist vielmehr die tiefe, damals freilich noch prophetische Einsicht, daß Zweifel und Skepsis nicht notwendig zur Zerstörung der Gesellschaft führen müssen, daß sie wesentlich sogar deren Stärkung und Fortschritt bedeuten können. In diesem Sinne stellt Hesse fest, nachdem er von der Schwäche der Bürger gesprochen hatte, „und dennoch lebt das Bürgertum, ist stark und gedeiht“. Die Worte des Dichters sollen diesen Ausführungen nicht einen literarischen Anstrich geben, vielmehr ist beabsichtigt, über die oben angedeutete Dichotomie hinaus das Wirken von Formen gesellschaftlicher Mentalität und sozialen Bewußtseins wenigstens anzudeuten. Die Frage nach der Dominanz bestimmter Entwicklungen wird in den weiteren Darlegungen zu stellen sein. Hesse sah jedenfalls für die Zukunft in der bürgerlichen Welt die Chance der sozialen und nicht nur der privaten Freiheit. Freilich war die Gesellschaft der Weimarer Zeit so labil und anfällig, daß es der bitteren Erfahrungen des deutschen Faschismus bedurfte, um Krisenlösung und Austragen von Konflikten in öffentlicher Form als Prinzipien eben dieser Freiheit zu institutionalisieren. Erst daraus ergeben sich heute für den einzelnen und die Gruppe Ansätze einer gesellschaftlich-politischen Neuorientierung. Diese These geht über den formalen Begriff der Demokratisierung hinaus und bedarf der näheren Erläuterung. Rolle und Funktion der ostdeutschen Heimatvertriebenen als gesellschaftlicher Gruppe ergibt sich aus dieser Analyse.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag stellt die erweiterte Fassung eines Vortrages dar, der am 1. Februar 1974 bei einer Arbeitssitzung des Präsidiums des „Hauses des Deutschen Ostens“ in München gehalten wurde.

Eine empirisch ausreichend belegte allgemeine Theorie der modernen Gesellschaft gibt es nicht<sup>2</sup> und kann es — wenn der Mensch der Zukunft sein Geheimnis nicht ganz lüftet und einen Rest an Spontaneität behält — auch nicht geben. Trotzdem ist die Frage nach dem Wesen der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland von der wissenschaftlichen Forschung natürlich in vielfältiger Weise gestellt worden<sup>3</sup>. Die idealtypische Alternative, geschlossene oder offene Gesellschaft, diene dabei mehr als ein heuristisches Prinzip; denn das Anwachsen der sozialen Mobilität in den modernen Industriegesellschaften ist zugleich Kennzeichen ihrer zunehmenden Öffnung<sup>4</sup>. Daraus erwächst für den einzelnen eine „Pluralität von Handlungssystemen“<sup>5</sup>. Da diese einer Vielfalt von autonom-gesellschaftlichen Bereichen entsprechen, wurde der Pluralismus Ausgangspunkt der heute herrschenden Gesellschaftstheorie. Pluralismus bedeutet aber in diesem Zusammenhang nicht Atomisierung; im Gegenteil, Maßnahmen in einzelnen sozialen Bereichen haben immer Konsequenzen oder Entscheidungen in der Gesamtgesellschaft zur Folge. Die Beachtung dieser Tatsache im politischen Bereich ist konstitutiv für die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Massendemokratie<sup>6</sup>.

So unterscheidet man in der soziologischen Theorie nach den zugrunde lie-

<sup>2</sup> Bellebaum, A.: Soziologische Grundbegriffe. 1973, S. 140 ff. und S. 200 ff. (mit weiterführenden Literaturangaben).

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Fürstenberg, F.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein soziologischer Überblick. 1967. — Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. 1972. — Ders.: Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. 1972. — Tschöppe, A.: Soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schichtung und Mobilität. Hrsg. von M. M. Tumin. 1970, S. 159—170. — Schelsky, H.: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. 1965. — Münke, St.: Die mobile Gesellschaft. Einführung in die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. 1967. — Claessens, D. / Klönne, A. / Tschöppe, A. u. a.: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland. 1973. — Bolte, M. / Kappe, D. / Neidhardt, F.: Soziale Schichtung. 1966. — Geiger, Th.: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. 1932. — Ders.: Soziale Schichtung. 1973. — Abendroth, W.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. 1972 (Soziologische Texte 47). — Ritsert, J. / Rolshausen, Ch.: Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. In: Gesellschaftsstrukturen. Hrsg. von K. Meschkat und O. Negt. 1973, S. 13—40. Diese Arbeiten enthalten alle weiterführende Literatur.

<sup>4</sup> Vgl. u. a. Tjaden, K. H.: Soziales System und sozialer Wandel. 1972. — Davies, J.: Soziale Mobilität und politischer Wandel. 1972. — Münke.

<sup>5</sup> Burns, T.: On the Plurality of Social Systems. In: Operational Research and the Social Sciences. Hrsg. von J. R. Lawrence. Oxford 1966, S. 177. — Vgl. auch Bolte, K. M. / Aschenbrenner, K.: Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart. Struktur und Wandel der Gesellschaft. 1967, S. 15 ff. (Beiträge zur Sozialkunde. Reihe B).

<sup>6</sup> Die Grenze zur totalen Manipulation sucht Helmut Schelsky in einem Beitrag „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Januar 1973 aufzuzeigen. Vgl. die Auseinandersetzung mit diesem Beitrag: Kriele, M.: Pluralistischer Totalitarismus? Merkur 301 (1973) 518—527.

genden Kategorien zwei Gruppen von Gesellschaftsmodellen<sup>7</sup>: Harmonie — (auch Konsens- oder Gleichgewichtsmodelle) und Konfliktmodelle. Die Harmonieschule<sup>8</sup> — vor allem vertreten durch die Soziologen W. Lloyd Warner, Elton Mayo und Talcott Parsons, auch die christliche Soziallehre<sup>9</sup> sowie ständestaatliches Denken — sieht in der Gesellschaft einen zum Gleichgewicht tendierenden Organismus. Konflikt wirkt störend, auflösend, und wird daher als Krankheit analysiert. Er ist ein disfunktionales Phänomen und wird daher im Zusammenhang mit sozialen Spannungen und psychischem Fehlverhalten untersucht. Die Harmonietheorie sieht soziale Schichten und gesellschaftliche Äußerungen nur in funktionalem Zusammenhang zum Gesamtsystem. Das Gleichgewicht ist das „Normale“, an das „Anpassung“ zu erfolgen hat. Stabilität und Ordnung sind die natürlichen und dauernden Regelprinzipien. Es ist unschwer zu erkennen, daß eine nach Harmoniemodellen funktionierende Gesellschaft einen irrationalen Bezugspunkt braucht und eine anerkannte Moral sowie allgemeine Wertorientierung voraussetzt.

Die Konfliktschule<sup>10</sup> — vertreten im wesentlichen durch die Soziologen Robert Lynd, C. Wright Mills und Ralf Dahrendorf — sieht im Konflikt eine Form der Sozialisation und bewertet ihn damit positiv. In pluralistischen Gesellschaften ist eine Vielzahl von Gruppen und Institutionen nach Macht, Prestige und Eigentum oft nur lose miteinander verbunden. Die ungleiche Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile führt zur Herausbildung von Eliten, zu sozialen Ungleichheiten, die Ursache ständig neuer Konflikte sind. Konflikte sind von diesem Standpunkt aus sozial, also überindividuell. Sie sind gesellschaftliche Strukturtatsachen, daher natürlich und vorhersehbar. Die Möglichkeit der Konfliktregelung in institutionalisierten Formen nimmt in dem Maße zu, in dem die Intensivität der Konflikte abnimmt. Dies ist wiederum in dem Maße der Fall, in dem die Pluralität der Gesellschaft zunimmt. Für die entwickelten Industriegesellschaften ergibt sich also die Analyse der Ursachen von Spannungen innerhalb und zwischen Institutionen und Gruppen als notwendige Folge gesellschaftlichen Zusammenlebens. Haben also die Harmonietheoretiker

<sup>7</sup> Ansätze zur Vertiefung dieser Problematik bietet der Sammelband: Theorien des sozialen Wandels. Hrsg. von W. Zapf. 1970 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 31).

<sup>8</sup> Die Ausführungen zur Harmonieschule orientieren sich im wesentlichen am Werk Talcott Parsons: *Structure and Process of Modern Societies*. Glencoe 1960. — *Ders.: Societies: Evolutionary and Comparative Perspectives*. Englewood Cliffs 1966. — Vgl. auch Brandenburg, A.G.: *Systemzwang und Autonomie. Gesellschaft und Persönlichkeit bei Talcott Parsons. Darstellung und Kritik*. 1971 (Studien zur Sozialwissenschaft 1).

<sup>9</sup> Eggers, Ph.: *Gesellschaftspolitische Konzeptionen der Gegenwart*. 1969, S. 55—85. *Zur christlichen Gesellschaftslehre*. Hrsg. von O. v. Nell-Breuning und H. Sacher (Wörterbuch der Politik 1) 1954. — Grenner, K.H.: *Wirtschaftsliberalismus und Katholisches Denken. Ihre Begegnung und Auseinandersetzung im Deutschland des 19. Jahrhunderts*. 1967.

<sup>10</sup> Besonders herangezogen wurde in diesem Zusammenhang das Werk von Dahrendorf, R.: *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. 1972. In übrigen hat die Konflikttheorie seit den deutlichen Ausführungen Adam Fergusons (1723—1816) eine lange Tradition.

die positiven Wirkungen sozialer Ungleichheit im Auge, so konzentrieren sich die Konflikttheoretiker auf die negativen Folgen gesellschaftlicher Schichtung und Gruppierung.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Modelle ist gewiß sehr vereinfacht. Doch zeigt sie die Spannbreite, in der historisch-gesellschaftliches Bewußtsein lebendig ist und in der politisches Handeln sich noch verwirklicht. Dabei muß der Historiker feststellen — und das kompliziert die Untersuchung —, daß Elemente beider Theorien in der menschlichen Praxis oft in einer Mischung vorkommen. Daraus erklärt sich sowohl das Ringen um die Ordnungsprinzipien in allen öffentlichen Bereichen als auch die Tatsache, daß im politisch-ideologischen Interesse die wissenschaftliche Analyse mißbraucht und das Harmoniemodell als statisch-hierarchisch-autoritär angesehen oder das Konfliktmodell zu einer „Ideologie des politischen Konflikts“<sup>11</sup> aktiviert wird. Die soziologische Theorie selbst suchte durch einen Brückenschlag diesen Entwicklungen die Grundlage zunehmen. Bereits Lewis A. Coser wies nach, daß Consens sozialen Konflikt darstellen kann<sup>12</sup> und Percy S. Cohen erkannte, daß Konfliktanalyse als positives Element grundlegend für *jedes* soziale Ordnungsmodell ist<sup>13</sup>. Auch die Organisationstheorie bietet in ihrer Handlungsorientierung ganzheitliche Ansatzpunkte<sup>14</sup>. Dieser theoretische Rahmen gilt weitgehend für alle hochentwickelten Industriegesellschaften. Er bedarf der Ergänzung durch das reale Bild der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn wenig empirische Daten vorliegen<sup>15</sup>, bleibt zu hoffen, daß sie für unser Anliegen ausreichen.

Totale gesellschaftliche Gleichheit ist eine Utopie. Soziale Schichtung stellen wir in allen Gesellschaften fest. Zur Diskussion steht also nicht die Beseitigung der Ungleichheit, sondern die Durchsetzung der Gleichheit der Chancen gesellschaftlicher Partizipation. Diese Bemerkung ist insofern wichtig, als sie von den Prämissen her überhaupt erst zu einem differenzierten empirischen Modell sozialer Schichtung führt. Die Formulierung der Ungleichheit in diesem Rahmen hängt ab von den zugrunde gelegten Untersuchungskriterien. In diesem Sinne unterscheidet die Forschung zwei Wege, den der Selbsteinschätzung der Betroffenen und den der Anwendung bestimmter Merkmale wie Beruf, Einkommen, Schulbildung, Prestige usw. oder deren Kombination nach einem bestimmten Punktsystem. Den ersteren Weg beschritten Harriett Moore — Gerhard Kleining, den letzteren Weg gingen Erwin K. Scheuch, Ralf Dahrendorf und beide Möglichkeiten vollzog Morris Janowitz.

<sup>11</sup> Dahrendorf, Konflikt 72.

<sup>12</sup> Coser, L. A.: Theorie sozialer Konflikte. 1965 (Soziologische Texte 30).

<sup>13</sup> Cohen, P. S.: Moderne soziologische Theorie. Erklärungsmodelle zwischenmenschlichen Verhaltens. 1972.

<sup>14</sup> Vgl. Silverman, D.: Theorie der Organisationen. Soziologische Aspekte zu System, Bürokratie und Management. 1972.

<sup>15</sup> Dies beklagt auch Bolte, K. M.: Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von „Schichtungen“ in sozialen Systemen. In: Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Hrsg. von D. V. Glass und R. König. 1968, S. 50.



Nach den Ergebnissen von Janowitz<sup>16</sup> weist die bundesdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre noch stark antagonistischen Charakter auf, was allerdings auch wesentlich von der Art der Befragung abhing. Moore-Kleining<sup>17</sup> verfeinerten die Methode und kamen Ende der 50er Jahre zu einem stärker differenzierten Modell:

Oberschicht	1 %	d. h. rund	0,5 Mill.
Obere Mittelschicht	5 %		2,7 Mill.
Mittlere Mittelschicht	15 %		8,2 Mill.
Untere Mittelschicht			
nicht industriell	17 %		9,3 Mill.
industriell	13 %		7,1 Mill.
Obere Unterschicht			
nicht industriell	10 %		5,4 Mill.
industriell	18 %		9,9 Mill.
Untere Unterschicht	17 %		9,3 Mill.
Sozial Verachtete	4 %		2,2 Mill.
			<hr/> 54,6 Mill.

Die Selbsteinschätzung erfolgte dadurch, daß der Befragte aus einer Gruppe von Berufsbezeichnungen diejenige auswählte, die seinem eigenen Beruf hinsichtlich Tätigkeit, Verantwortung, Ansehen, Bezahlung u. ä. am ehesten entsprach. Die Tabelle zeigt eine Korrektur der antagonistischen Ergebnisse zugunsten einer breiten mittleren Schicht von 73 % der Gesamtbevölkerung<sup>18</sup>.

Eine noch größere methodische Verfeinerung erlangte einige Zeit später Erwin K. Scheuch mit seinem Modell deutscher Sozialschichtung<sup>19</sup>. Durch Fragen

<sup>16</sup> Janowitz, M.: Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 10 (1958) 9 ff.:

*Modell 1:*

Obere Mittelschicht	4,6 %
Untere Mittelschicht	38,6 %
Obere Unterschicht	13,3 %
Untere Unterschicht	38,6 %
Unbekannt	4,9 %

*Modell 2 (Selbsteinschätzung):*

Oberschicht	1,9 %
Mittelschicht	43,2 %
Arbeiterschicht	48,5 %
Unterschicht	5,3 %
Keine Angaben	1,1 %

<sup>17</sup> Moore, H. / Kleining, G.: Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 12 (1960) 86 ff.

<sup>18</sup> Ende der 60er Jahre änderte sich das Bild nicht wesentlich:

Oberschicht	1 %	Obere Unterschicht	
Obere Mittelschicht	6 %	nicht industriell	10 %
Mittlere Mittelschicht	11 %	industriell	20 %
Untere Mittelschicht		Untere Unterschicht	13 %
nicht industriell	25 %	Sozial Verachtete	2 %
industriell	13 %		

Moore, H. / Kleining, G.: Soziale Selbsteinstufung (SSE). Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 20 (1968) 502 ff.

<sup>19</sup> Scheuch, E. K. u. a.: Sozialprestige und soziale Schichtung. In: Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13 SH. 5 (1961) 65 ff.

nach dem Beruf, dem Einkommen und der Schulbildung erfaßte er Momente des Status, der wirtschaftlichen Lage und des kulturellen Niveaus. Über ein filterndes Punktesystem nahm er dann folgende Zuordnung vor:

Oberschicht	2 %
Obere Mittelschicht	5 %
Mittlere Mittelschicht	12 %
Untere Mittelschicht	17 %
Obere Unterschicht	30 %
Untere Unterschicht	16 %
Nicht eingeordnet	18 %

Tendenziell unterscheiden sich diese Ergebnisse nicht von denen, die Moore-Kleining festgestellt haben. Da wie dort drängt sich aber Kritik auf; denn mit dem Wissen, wie viele Menschen sich in der jeweiligen Schicht befinden, ist noch nichts über deren Verhalten und schichtendurchstoßende Bewegung ausgesagt. Das Problem der sozialen Mobilität gehört aber wesentlich zum realen Bild einer Gesellschaft.

Karl Martin Bolte suchte dem Rechnung zu tragen, indem er auf ein gesamtgesellschaftliches Schichtungsmodell verzichtete und die Mobilität anhand von Schichtungstypen — so den ländlichen, den städtisch-ländlichen, den kleinstädtischen und den großstädtischen Typus — mit einbezog<sup>20</sup>. Seine Typenanalyse bringt zwar wertvolle Einsichten in die Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht sowie deren Einsetzung, aber der Bezugspunkt der Mobilitätsindikatoren ist die Gesellschaft als solche und nicht die soziale Schicht. Bolte zeigt damit die Unzulänglichkeit der bisherigen rein empirischen Schichtungsanalysen<sup>21</sup>.

Helmut Schelsky nahm diese Erkenntnis bereits 1953 voraus, indem er nicht empirische Studien formulierte, sondern über das bereits damals sichtbare Übergewicht der mittleren gesellschaftlichen Schichten zu der generellen Aussage über unsere Gesellschaft als einer „nivellierten oder entschichteten Mittel-

<sup>20</sup> Bolte, K. M.: Typen sozialer Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 8 (1963) 150 ff.

<sup>21</sup> Dahrendorf: Gesellschaft 93 sagt dazu: „Die Unterschiedlichkeit der Schichtmodelle dokumentiert unfreiwillig, daß es in der deutschen Gesellschaft der Gegenwart keine so eindeutig abgrenzbaren sozialen Schichten gibt, daß ihre Identifizierung sich jedem Beobachter aufdrängen müßte. Im übrigen aber bekundet diese Unterschiedlichkeit zwei große Schwächen des verbreiteten Ansatzes. Schichtmodelle der ange deuteten Art sind nämlich analytisch nur mäßig fruchtbar, und sie sind deskriptiv beliebig ... Keines der verschiedenen Schichtungsmodelle ist im Grunde besser als das andere; mit keinem läßt sich sehr viel mehr anfangen als mit irgend einem anderen; sie sind alle gleich konstruiert. Und dies begründet schon den zweiten Einwand. Weil die Modelle konstruiert sind, also gar nicht darauf abzielen, reale Grenzen zu markieren, sind sie als Instrumente zur Beschreibung der Wirklichkeit beliebig. Noch schärfer gesagt: sie beschreiben die deutsche Gesellschaft der Gegenwart nicht. Hierzu müssen wir andere Wege suchen.“

standsgesellschaft“<sup>22</sup> fortschritt. Tatsächlich weisen seither soziale, rechtliche und wirtschaftliche Entschichtungstendenzen in diese Richtung. In Verbindung mit der Erweiterung der Gleichheitsrechte ist daher die wachsende individuelle und kollektive Mobilität<sup>23</sup> einer der wesentlichsten Faktoren moderner Industriegesellschaften. Die Konsequenz daraus zieht Friedrich Fürstenberg, indem er auf empirische Modelle verzichtet und den Zusammenhang zwischen Schichtung und Mobilität in „verschiedene soziale Handlungsfelder“ und deren Zusammenhang auflöst<sup>24</sup>. Trotz dieser weitreichenden Folgen des Schelskyschen Wortes von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ wird man aber historisch feststellen müssen, daß dieser Begriff in den 50er Jahren auch deswegen auf so fruchtbaren Boden fallen konnte, weil er im gesellschaftlichen Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise dazu geeignet war, angesichts von Wirtschaftswunder und staatlicher Stabilität der Adenauer-Ära trotzdem vorhandene Unsicherheiten und Spannungen zu sublimieren und ideologisch zu neutralisieren.

Aus dem Dilemma der Unzulänglichkeit rein empirischer Datenmodelle einerseits und dem gänzlichen Verzicht auf ein Bild sozialer Schichtung der bundesdeutschen Gesellschaft andererseits suchen Helge Pross und Ralf Dahrendorf zu führen. Sie beziehen die historische Dimension in ihre Betrachtung ein, verzichten auf statistische Auswertungen und gründen ihre Ergebnisse auf „informierte Willkür“ sowie „begründete Schätzung“<sup>25</sup>. Pross schließt dabei von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen nach 1945 auf eine Rekonstruktion der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung entlang der Linien der Schichtungs- pyramide der Weimarer Republik<sup>26</sup>. Dahrendorf geht von Theodor Geigers „soziographischem Versuch auf statistischer Grundlage“ von 1932<sup>27</sup> aus. Er übernimmt dessen Kategorie der Mentalität<sup>28</sup> und erfaßt somit schichtspezifische Ver-

<sup>22</sup> Schelsky, H.: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: Ders.: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. 1965, S. 332. Den Begriff verwendete Schelsky erstmals 1953.

<sup>23</sup> Münke, St.: Die mobile Gesellschaft. Einführung in die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. 1967.

<sup>24</sup> Fürstenberg, F.: „Sozialstruktur“ als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 18 (1966) 439 ff. — Ders.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein soziologischer Überblick. 1967.

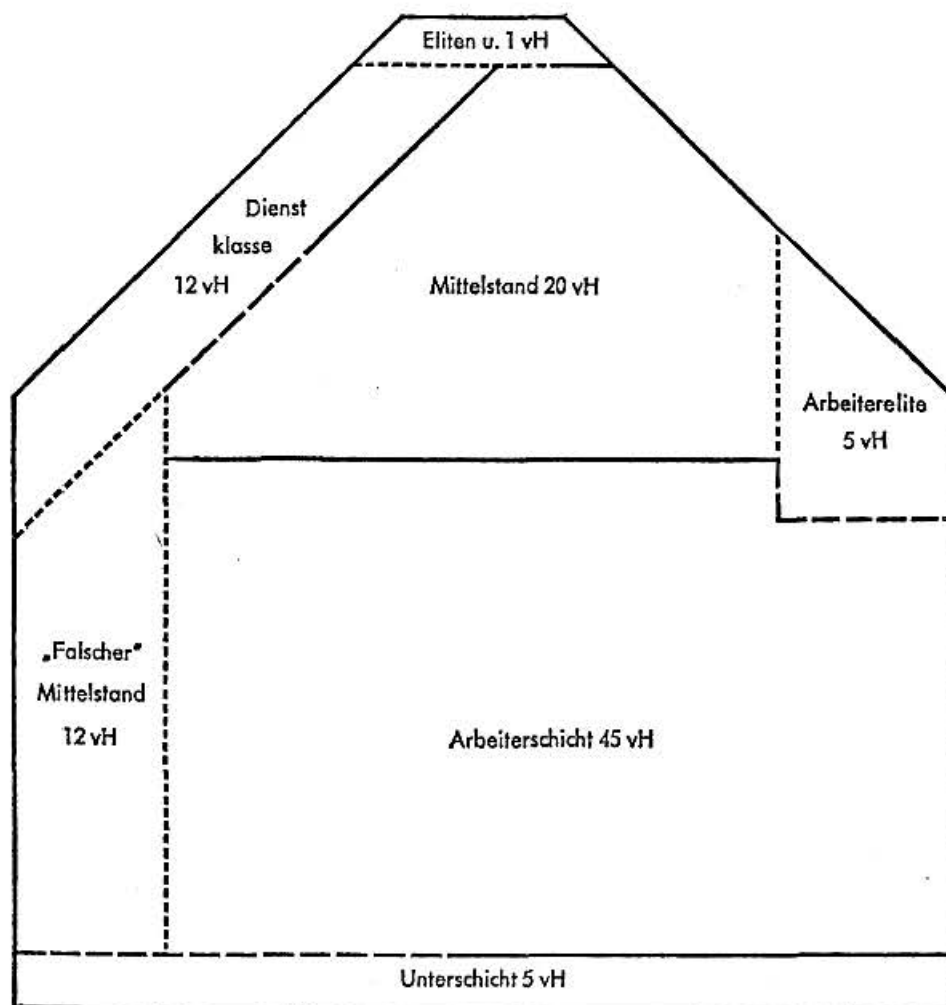
<sup>25</sup> Dahrendorf: Gesellschaft 96.

<sup>26</sup> Pross, H.: Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik. Deutsche Rundschau 84 (1958) 916 ff.

<sup>27</sup> Geiger, Th.: Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. 1932. Für die Gesellschaft der Weimarer Republik gibt Geiger auf Seite 74 folgende Schichtung:

Kapitalisten	0,92 ‰
Alter Mittelstand	17,77 ‰
Neuer Mittelstand	17,95 ‰
Proletaroiden	12,65 ‰
Proletariat	50,71 ‰

<sup>28</sup> „Die Mentalität dagegen ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden an ihr gemachten Lebenserfahrungen.“ Geiger 77.



Aus R. Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. (21972), 97.

haltensweisen im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich. Seine Schichtenpyramide (vgl. Abb.) ist nicht nur lebendiger, sondern gewinnt durch die neue Dimension der Sozialmentalität ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Wandelbarkeit, ohne deswegen die Schichten aufzuheben. Wesentlich ist die Konstruktion der „Dienstklasse“<sup>29</sup>, die über inkohärente Eliten hinweg Leitbilder setzt und im Grunde alle Herrschaft ausübt. Weiterhin nimmt eine vielfach differenzierte Arbeiterschicht mit unterscheidbarer typischer Mentalität den größten

<sup>29</sup> „Die Dienstklasse ist nicht sehr groß. Sie umfaßt jenen Teil des neuen Mittelstandes, der Kraft beruflicher Stellung im eigentlichen Sinne bürokratisch tätig ist, also insbesondere nichttechnische Beamte und Verwaltungsangestellte aller Ränge sind vielfältig. Es ist ein weiter Weg vom Inspektor zum Ministerialdirektor und vom Angestellten der Lohnbuchhaltung zum Prokuristen eines Großunternehmens ... Der Ursprung der Dienstklasse liegt also in jenem Prozeß der Arbeitsteilung der Herrschaft, der in neuerer Zeit, zugleich den Gesetzen umfassenderer Aufgaben der Daseinsvorsorge in Staat und Wirtschaft und denen Parkinsons folgend, nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern auch die anderen Institutionen erfaßt hat ...“ Dahrendorf: Gesellschaft 98.



Raum, nämlich 45 % der Gesamtbevölkerung, ein Ungleichgewicht in den Lebenschancen und Konfliktbereitschaft bestimmen ihre Lage<sup>30</sup>.

Als Ergebnis der theoretisch-soziologischen und empirisch-soziologischen Untersuchungen drängt sich auf, daß die sich zunehmend öffnende und immer mehr an Pluralität gewinnende Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland instabil ist. Die Probleme der Methode und der Definition spiegeln dabei weniger die Unzulänglichkeit der Forschung als die Unmöglichkeit, eine freie, sich ständig dynamisch entfaltende Gesellschaft wissenschaftlich zu lokalisieren<sup>31</sup>. Rollenverhalten und Rollenerwartungen des einzelnen und der Gruppen haben auf dem Hintergrund der Veränderung der Wertvorstellungen, des Lebensstils und des sozialen Prestigebildes eine Vielfalt gesellschaftspolitisch konkurrierender Grundhaltungen krisenhaft hervortreten lassen. Das bedeutet, daß sich aus der Aktualität keine übergreifenden Strukturzusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklung ableiten lassen. Wie Pross und Dahrendorf bereits aufgezeigt haben, ist auf die historische Dimension — will man die Gesellschaft in ihrem Wesen trotzdem erfassen — nicht zu verzichten<sup>32</sup>. Denn der Mensch findet seine Identität in der Tat nur in seinem Herkommen, in seiner Vergangenheit. So ist es auch mit der Gesellschaft, ihren Schichten und ihren Gruppen. Historische Strukturen als geronnene Aktualität bestimmen Körper, Geist und Seele des Menschen. Sie erklären sein gesellschaftliches Verhalten und sein individuelles Denken. Der Grad, dessen sich der Mensch dieser Strukturen bewußt ist, bedeutet das Maß seiner Freiheit. Und das Maß der gesellschaftlich-politischen Durchsetzung dieser Freiheit bedeutet den Grad seiner Freizügigkeit, denn Freizügigkeit ist realisierte Freiheit. Um aber nicht in ideologische Spekulationen abzugleiten, ist die Kenntnis der gegenwärtigen Gesellschaft durch historische Analyse zu ergänzen<sup>33</sup>. Ja, im Grunde wird diese Kenntnis erst durch diese Einsicht möglich. Auf diese Weise kann eine so zentrale Frage, warum sich die Gegenwart nur noch „futuristisch“ zu legitimieren sucht<sup>34</sup>, beantwortet werden. Denn selbst konservativ wird als an der Spitze des Fortschritts marschieren definiert und der Streit um „die Mitte“ oder „die neue Mitte“ weist in dieselbe Richtung.

Die übersteigerte Orientierung des Menschen auf die Zukunft spiegelt mangel-

<sup>30</sup> Zum Gesamtkomplex des Dahrendorfschen Schichtungsmodells vgl. Dahrendorf: Gesellschaft 86—107.

<sup>31</sup> Das ist natürlich ein Problem wissenschaftlicher Erkenntnis überhaupt. Aber in diesem Fall hat es für die gesellschaftliche Analyse ganz besondere Bedeutung. Vgl. dazu Dahrendorf, R.: Ungewißheit, Wissenschaft und Demokratie. In: Ders.: Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. 1972, S. 292—315.

<sup>32</sup> Auch Abendroth, W.: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik. 1965. — In Ansätzen ähnlich Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. 1972 (Soziologische Texte 47). Er geht im Grunde von historischen Tatbeständen aus.

<sup>33</sup> Eng mit diesem Problem zusammen hängt die Frage der Planungsideologie. Vgl. dazu Kade, G.: Planung der Zukunft. In: Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat. Hrsg. von G. A. Ritter. 1973, S. 119—135.

<sup>34</sup> Altmann, R.: Neues vom Staatsschiff. Merkur 300 (1973) 338.

des Vertrauen in die Gegenwart. In bezug auf Staat und Gesellschaft zeigt sich darin eine Legitimationskrise. In unserer Demokratie scheint also das Verhältnis von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kultur ungelöst. Als eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Geschichtswissenschaft erwächst daraus, die Identität zwischen dem heutigen Menschen und seiner Vergangenheit in Denk- und Verhaltenformen herzustellen. Betrachtet man die herrschende politische Mentalität, dann zeigt sich zwischen den Deutschen der Bundesrepublik Deutschland und den Angelsachsen sowie Franzosen ein bemerkenswerter Unterschied. Bei beiden bestand immer ein erhebliches Mißtrauen der Beherrschten gegenüber den Herrschenden und dies bedeutete in der politischen Praxis Kontrolle. Bei uns fehlt dieses Mißtrauen breiter Bevölkerungsschichten und das führt dazu, daß Wandel in der öffentlichen Machtausübung dazu tendiert, bewußtseinsmäßig als Krise wahrgenommen zu werden. Die Analyse der dieser „deutschen“ Mentalität zugrunde liegenden geschichtlichen Widersprüche zeigt zugleich Trends gesellschaftlicher Entwicklung auf.

### *Gesellschaft — Staat — Wirtschaft*

Der absolute Staat des 17. und 18. Jahrhunderts suchte alle Staatsgewalt in seiner Hand zu vereinigen. In diesem Streben überwand er die feudalen Bindungen der alten *Societas civilis* so weit, daß er unmittelbare Beziehungen zu seinen Untertanen herstellen konnte. Diese Entmachtung der lokalen Herrschaftsträger, der „*pouvoirs intermédiaires*“, ermöglichte den einzelnen Individuen, weitläufige horizontale Bindungen unabhängig oder abgehoben vom Staat einzugehen<sup>35</sup>. Auf dieser Grundlage formte sich das Bürgertum aus, dessen gesellschaftliches Bewußtsein von wirtschaftlichen Interessen und vom Geist der Aufklärung bestimmt war. Im Namen von Recht und Freiheit suchte es sich bald vom Obrigkeitsstaat der absoluten Monarchie zu emanzipieren<sup>36</sup>.

Im Gegensatz zum französischen Bürgertum setzte das deutsche Bürgertum um die Wende zum 19. Jahrhundert die Aufklärung nicht als Revolution in die Tat um. Es erfuhr die Aufklärung nur als Absolutismus. Auch wenn in ihm das fortschrittlich-aufgeklärte Denken wirkte, entfalteten sich die bürgerlichen Freiheiten — wie persönliche Freiheit in den Grundrechten, nationale Freiheit in staatlicher Einheit aller Deutschen und wirtschaftliche Freiheit im Wettbewerb leistungsorientierten Schaffens — unter dem Fortdauern der alten Führungsschichten gesellschaftlich wesentlich anders als in Westeuropa<sup>37</sup>. Eine

<sup>35</sup> Vgl. Joachimsen, P.: Zur Psychologie des deutschen Staatsgedankens. Die Dioskuren 1 (1922) 106 ff. .

<sup>36</sup> Zur Gesamtproblematik vgl. Brunner, O.: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 1968. — Conze, W.: Sozialgeschichte. In: Moderne deutsche Sozialgeschichte. Hrsg. v. H.-U. Wehler. 1966, S. 19—26. — Borkenau, F.: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. 1934 (Neudruck 1971).

<sup>37</sup> Maier, H.: Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition. In: Politische Wissenschaft in Deutschland. Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis. 1939, S. 133—152. — Schulz, G.: Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft. In:

wichtige Ursache lag in der frühen Verbindung des deutschen Naturrechts mit dem aufgeklärten Absolutismus. Pflichtbewußtsein und Sorge um das allgemeine Wohl bestimmten das Handeln Friedrichs des Großen als „ersten Diener des Staates“. Angesichts dieses „guten Regiments“ sahen die deutschen Naturrechtler keinen Grund, für die Staatsuntertanen die Freiheit *des* Staates<sup>38</sup> zu fordern, da sie ja die Freiheit *vom* Staat hatten<sup>39</sup>. Insofern wirkte sich die Symbiose absolutistischen Staatsdenkens mit rechtsstaatlichen Vorstellungen zuungunsten der politischen Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft aus.

Den endgültigen Bruch zwischen Staat und Gesellschaft formulierte Immanuel Kant<sup>40</sup>, indem er beide zwar der Idee des Rechts unterordnet, aber den Staat zugleich zum Treuhänder des Rechts nötigenfalls auch gegenüber der Gesellschaft macht. Freiheit des Individuums ist sittliche Freiheit. Sie verpflichtet den einzelnen im Sinne des kategorischen Imperativs der bestehenden Gesellschaft. Der Staat beschränkt sich auf die Wahrung des Rechts und steht damit in seiner wesentlichen Funktion der Gesellschaft gegenüber. Durch das Festhalten Kants an einer absoluten Moral gewann seine Ethik wirkungsgeschichtlich eine weitere Dimension. Die sittliche Bestimmung der Freiheit gab ihr gesellschaftlich eine elitäre Ausrichtung<sup>41</sup>. Die sozial unteren Schichten, deren Mitglieder damals vielfach noch Analphabeten waren und nicht genug zu essen hatten, wußten mit Freiheit im Sinne einer Bestimmung zu den höheren Werten einer absoluten Moral wenig anzufangen. Das gesellschaftlich fortgeschrittene westeuropäische bürgerliche Denken — in Frankreich etwa schon bei Pascal — zog absoluten Objektivitätsanspruch von Recht und Moral in Zweifel und bewahrte damit eine für die gesamte Gesellschaft gültige Vorstellung von Freiheit<sup>42</sup>. So zeichnet sich für die deutsche bürgerliche Gesellschaft bereits zu Beginn des

Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit. 1969, S. 13—111. — Brunner, O.: „Feudalismus“. Ein Beitrag zur Begriffsgeschichte. In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 1968, S. 128—159.

<sup>38</sup> Scheuner, U.: Die neuere Entwicklung des Rechtsstaats in Deutschland. In: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays. Hrsg. v. E. Forsthoff. 1968, S. 461—508 (Wege der Forschung 118) analysiert die Folgen dieses Fehlens einer „freiheitlichen Verfassung“ der deutschen Staaten.

<sup>39</sup> Maier 140 ff. — Stadelmann, R.: Deutschland und Westeuropa. 1948. — Brunner, O.: Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip. In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 1968, S. 178 ff.

<sup>40</sup> Metaphysik der Sitten. 1797.

<sup>41</sup> Vgl. Hennis, W.: Zum Problem der deutschen Staatsanschauung. In: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. Hrsg. v. H. H. Hofmann. 1967, S. 86 f. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 17).

<sup>42</sup> Borkenau, F.: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Neudruck 1971, S. 546/7 stellt dies für einen umfassenderen Bereich fest: „Kant mußte darauf beharren, daß diese Kategorien trotz ihrer Widersprüche in ihrem begrenzten Bereich absolut gelten. Denn er kämpfte in einer Zeit, die bereits alle Widersprüche derselben entwickelt hatte, um ihre Gültigkeit. Kant ist der Denker der aufstrebenden Bourgeoisie eines rückständigen Landes im Herannahen einer internationalen bürgerlichen Revolution, der die Prinzipien der Bourgeoisie verfechten muß, dabei aber schon die Kritik vorfindet, die andere, reifere Bourgeoisien, die englische vor allem, an sich selbst geübt haben.“



19. Jahrhunderts bei der Analyse bestimmter Bewußtseinsinhalte ihre Spaltung ab. Die Verbindung der Idee vom absoluten Recht mit dem Staat als „objektiver Geist“ und „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ bei Hegel zum Staat als Wert an sich oder formalem Rechtsstaat verstärkte die elitär-autoritäre Ausrichtung bürgerlichen Denkens. In seinem Verständnis vom Staat als Willensverband, als bloße juristische Person entzog schließlich der deutsche Rechtspositivismus diesen völlig der gesellschaftlichen Wirklichkeit<sup>43</sup>. Hierin lag die Rechtfertigung für die Überhöhung der Funktion von Monarch, Beamtentum und Heer. Der einzelne ist nur in gewissen Bereichen frei vom Staat; eine Bestimmung des Staates aber ist ihm verwehrt. Freiheit ist also nach deutscher Mentalität der Autorität zugeordnet, wohingegen sie nach westeuropäischem Verständnis Ausdruck der Gleichheit ist. Lorenz von Stein kennzeichnet diese Entkleidung der Freiheit von ihren sozialen Inhalten, indem er die gesellschaftliche Ungleichheit der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüberstellt<sup>44</sup>.

Die Revolution von 1848 vollendete die Spaltung der liberal-bürgerlichen Bewegung<sup>45</sup>. Die Verhandlungen der Paulskirche, besonders über die Grundrechte, waren dem größten Teil des Volkes zu intellektuell und die Probleme der Außenpolitik standen ihm zu fern. Außerdem war der durch die industrielle Entwicklung zu Vermögen gekommene Teil des Bürgertums bestrebt, seinen Besitz gegenüber dem sich zusehends formierenden Proletariat zu sichern. Es näherte sich den alten Gewalten, den Trägern des Staates, Adel, Bürokratie und Offizierscorps. Sicherheit bot diesem Bürgertum das Rechtsstaatsprinzip im konstitutionellen Verfassungsstaat. Dieses Prinzip war im frühliberalen Sinn Kampfpapier gewesen und hatte sich nunmehr zur Verteidigungspapier gewandelt. Der Schutz privilegierter Positionen stand im Vordergrund. Sicherung des Eigentums, wirtschaftliche Expansion und politische Abstinenz kennzeichneten diese sich nunmehr nationalliberal verstehende bürgerliche Schicht. Ihr Streben nach einem wirtschaftlich-industriell notwendigen Großraum und die Absicht Preußens zu machtpolitischer Expansion waren wesentliche Antriebe zur Gründung des von Bismarck von oben durchgesetzten kleindeutschen Nationalstaates, des Deutschen Reiches von 1870/71<sup>46</sup>.

<sup>43</sup> Vgl. Conze, W.: Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands. In: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. Hrsg. v. H. H. Hofmann, 1967, S. 297–320 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 17).

<sup>44</sup> Stein, L. v.: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. 1850. — Vgl. auch Böckenförde, E.-W.: Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat. In: Alteuropa und die moderne Gesellschaft. Festschrift für Otto Brunner. 1963, S. 248–277.

<sup>45</sup> Vgl. Büßmann, W.: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879. Hrsg. v. H. Böhme, 1968, S. 85–103 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 26).

<sup>46</sup> Zum ganzen Problemkreis vgl. Stern, F.: The Failure of Illiberalism. Essays on the Political Culture of Modern Germany. London 1972, vor allem Teil 1. — Böhme, H.: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881. 1972. — Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879. Hrsg. v. H. Böhme, 1968 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 26). — Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen. Hrsg. v. Th. Schieder und Ernst Deuerlein. 1970.



Dieses zweite deutsche Kaiserreich sah sich großen inneren Spannungen ausgesetzt. Die Regionalisierung war nicht nur eine Folge seiner politisch-föderativen Ordnung. Sie ging darüber hinaus ins Strukturelle. Gebiete mit hoher Industrialisierung — wie die Rheinlande, Sachsen und Oberschlesien — standen großen geschlossenen Agrarlandschaften gegenüber. Aber auch diese differenzierten sich in die Sonderinteressen der ostdeutschen Gutswirtschaft und der bäuerlichen Familienwirtschaft Süd- und Südwestdeutschlands. Die Konfessionsspaltung verschärfte die Gegensätze und gab ihnen durch Institutionalisierung von Konflikten eine bis heute wirksame Dauerhaftigkeit. Die Katholiken befanden sich mit einem Drittel Anteil an der Gesamtbevölkerung in der Minderheit. Das deutsche Kaisertum, vor allem unter Wilhelm II., prägte sich zunehmend preußisch und protestantisch aus. Es wurde in diesem Sinne von den bürgerlich-adeligen Eliten des Reiches unterstützt<sup>47</sup>. Die Über- und Unterlagerung der wirtschaftlich-sozialen und konfessionellen Spannungen führten innenpolitisch zu so großen Problemen, daß eine gesellschaftlich-kulturelle Integration des deutschen Volkes unmöglich wurde.

Der Kulturkampf war nicht in erster Linie Ausdruck preußisch-nationalen Denkens gegenüber dem Anspruch des päpstlichen Universalismus, er war vielmehr Zeichen des Ringens um den gebührenden Anteil der katholischen Bevölkerung an der sozialen und geistigen Gestaltung des Deutschen Reiches. Preußen, dem man das politische Weisungsrecht gerne zugestand, forderte aber darüberhinaus auch die ideologische Führung, ohne die kulturelle Substanz zu besitzen. Dies war ein Grund für das Scheitern der Eingliederung der Katholiken. Ein weiterer lag im Spannungsverhältnis des rheinländischen katholischen Großbürgertums zur kleinst- bis mittelbäuerlichen katholischen Bevölkerung Bayerns. Ähnlich wie die Katholiken durch die Kulturkampfgesetze wurden die Arbeiter durch das Sozialistengesetz in die Opposition zum Staat gedrängt. Erst danach begann in einem langen Solidarisierungsprozeß die Konsolidierung des Klassenbewußtseins der Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei. Das von Bismarck durchgesetzte Sozialgesetzgebungswerk<sup>48</sup> verhinderte zwar revolutionäres Ausgreifen der Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg, führte aber doch nur zur „negativen Integration“<sup>49</sup> des Arbeiters in das öffentliche Leben. Auf der Grundlage der sozialen Siche-

<sup>47</sup> Von diesen Tendenzen waren auch die katholischen Eliten nicht frei. So unterstützte der hohe Klerus Bayerns im Kulturkampf weitgehend die Regierung; was der Hauptgrund dafür war, daß hier der Kulturkampf sehr ruhig verlief. Und um die Jahrhundertwende suchten führende, bürgerliche Katholiken — so der Zentrumsführer und spätere Reichskanzler Georg von Hertling — die Integration der Katholiken durch Anpassung in das Wilhelminische Reich zu vollziehen. Vgl. Möckl, K.: Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern. 1972.

<sup>48</sup> Vgl. Stump, W.: Sozialpolitik im kaiserlichen Deutschland. Vierteljahresschrift für Sozialrecht 1 (1973) 204—218.

<sup>49</sup> Vgl. Roth, G.: The Social Democrats in Imperial Germany. Totowa 1963. — Groh, D.: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. 1973.

rung vollzog sich für die Mitglieder der unteren Schichten auf dem Hintergrund des zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstandes eine Verbesserung des Lebensstandards, der Lebenschancen und der Bildungsmöglichkeiten<sup>50</sup>. Der daraus erwachsende soziale Aufstieg brachte eine Verbreiterung jener mittleren Gesellschaftsschichten mit sich, die ihrer Mentalität nach gegenüber der bestehenden Ordnung loyal waren. Dieser Vorgang veranlaßte einerseits die politischen und gewerkschaftlichen Führer der Arbeiterschaft zu einem pragmatischen Kurs gegenüber der Regierung<sup>51</sup> und andererseits zeichnete sich hier die Entwicklung zu mittelständischen Verhaltensweisen ab, die die besondere Problematik der Weimarer Republik bei der Entstehung des Nationalsozialismus ausmachten<sup>52</sup>.

Das zweite deutsche Kaiserreich hatte kein geschlossenes gesellschaftlich-staatliches Selbstverständnis. Das Prinzip der Macht konnte nicht mit jenem der gesellschaftlichen Gerechtigkeit harmonisiert werden<sup>53</sup>. Das Reich ruhte auf zwei Säulen: der Stärke von Beamtentum sowie Militär und der Überlegenheit wirtschaftlicher Größe. Im Gegensatz zu England und Frankreich, wo das Wirtschaftsbürgertum im wesentlichen auch den Staat politisch trug, vollzog sich in Deutschland der wirtschaftliche Aufschwung unter dem Einfluß der staatlichen Autorität in Richtung auf eine Neofeudalisierung<sup>54</sup>. Das liberale Bürgertum, das bei der Reichsgründung für Bismarcks Politik die Massenbasis abgegeben hatte, verlangte nach vollendetem Werk Vergrößerung der wirtschaft-

<sup>50</sup> Vgl. u. a. Rosenberg, H.: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. 1967.

<sup>51</sup> Diese Tendenzen spiegeln sich in der Gewerkschaftsentwicklung, dem Revisionismusstreit, der Bauernfrage, der Diskussion der Zustimmung zu den Reichs- und Bundesstaaten Budgets, den Verhandlungen bei Wahlbündnissen der Sozialdemokraten mit bürgerlichen Parteien usw.

<sup>52</sup> Vgl. u. a. Kater, M. H.: Zur Soziographie der frühen NSDAP. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971) 124—159. — Winkler, H. A.: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik. 1972. — Kocka, J.: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918. 1973. — Geiger, Th.: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. 1932. — Lipset, S. M.: Political Man. New York 1960. Der Hinweis im Text bedeutet nicht, daß einer bestimmten Faschismustheorie das Wort geredet werden soll. Unbestritten ist, daß der Mittelstand — so heterogen er gewesen sein mag — bei der Entwicklung des Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle gespielt hat. Obwohl der Mittelstand vor mit dem nach dem Ersten Weltkrieg nicht gleichzusetzen ist (man spricht daher vom sogenannten „alten“ und „neuen“ Mittelstand), sollen hier — trotz der fehlenden empirisch-quantitativen Untersuchungen — über das bisherige enge Begriffsschema hinaus die strukturbedingten Wurzeln der bezeichneten Entwicklung aufgezeigt werden. — Zu den Faschismustheorien im allgemeinen vgl. Theorien über den Faschismus. Hrsg. von E. Nolte. 21970 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 21) und Wippermann, W.: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion. 1972 (Erträge der Forschung 17).

<sup>53</sup> Vgl. Guttman, B.: Schattenriß einer Generation. 1950.

<sup>54</sup> Das gilt in gleicher Weise für die Beamten und die bürgerlichen Wirtschaftsführer. Vgl. Morsey, R.: Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890. 1957. — Böhme, H.: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881. 21972.

lichen Freiheit und politischen Einfluß auf die Regierung. Bismarck lehnte beides ab. Mit Hilfe der Durchsetzung des Schutzzolltarifs 1879 und der Reichsfinanzreform zerschlug der Reichskanzler die liberal-bürgerliche Bewegung und suchte den Staat im Bündnis von „Roggen und Eisen“, Großgrundbesitz und Großindustrie, auf eine neue, konservative Grundlage zu stellen. Doch bereits das Scheitern des 1881 auf ständischer Basis angestrebten deutschen Volkswirtschaftsrates, der den Reichstag mit seinen — nach Bismarck — die Spaltung der Nation verkörpernden Parteien ausschalten sollte, signalisierte die fortdauernden unüberwindlichen inneren Gegensätze des Bismarckschen Systems.

Die drei großen gesellschaftlichen Kräfte des 19. Jahrhunderts, das liberale Bürgertum, die katholische Volksbewegung und die Arbeiterschaft standen in Deutschland dem Staat oppositionell gegenüber. Selbst wenn verschiedene ihrer politischen Organisationen mit der Regierung koalitierten, änderte das nichts an ihrer prinzipiellen Statistenrolle bei der Gestaltung der nationalen Ordnung. Was blieb, war die Reduktion des politischen Lebens auf das wirtschaftliche Leben<sup>55</sup>. Die Teilnahme des Bürgers an der wirtschaftlichen Expansion öffnete ihm nicht nur das Tor zu sozialem Aufstieg, sondern bedeutete zugleich die Erfüllung des Nationalstaates im Streben nach Großmachtstellung und Weltreichbedeutung<sup>56</sup>. Das Bürgertum begriff die wirtschaftliche Macht verhängnisvollerweise nicht mehr rational, sondern überhöhte sie in ideologisch-missionarischer Funktion und identifizierte sie mit der eigenen Größe sowie der Geltung des Nationalstaates nach innen und außen schlechthin<sup>57</sup>.

Im Ersten Weltkrieg und in der Revolution von 1918/19 brach das politische und wirtschaftliche Rückgrat des Reiches in einem. Die Führungsschichten verloren ihren „Mittelpunkt“, den Hof in Berlin. Sie mußten das Monopol der Regierungsgewalt abgeben. Ihr gesellschaftliches Prestige und ihre öffentlichen Aufzeichnungen wurden in Zweifel gezogen, erwiesen sich psychologisch als Illusion. Sie waren daher geborene Gegner der Republik<sup>58</sup>. Das Bürgertum verlor nicht nur eine Schlacht, sondern seine Identität. Eine Welt brach zusammen. Ewige und zeitliche Werte des Selbstgefühls gerieten ins Wanken. Nachkriegsprobleme entwickelten den Gegensatz einer postfeudalen (Karl Bosl) Sozialordnung zu den Erfordernissen einer industriell-orientierten Wirtschaftsstruktur zur ständigen Krise. Ideologische Kämpfe, politischer Zwist und Sehnsucht nach dem Glanz des Bismarckschen Reiches bestimmten das Denken der bürgerlichen Schichten<sup>59</sup>. Sozialdemokratie und politischer Katholizismus hatten

<sup>55</sup> So sahen die Steuer- und Wirtschaftsreformer im Schutzzolltarif und in einer Finanzreform von 1879 „eine wirtschaftliche Gesetzgebung, welche den Geist der Liebe und den Sinn für Autorität im Volke wieder wachruft“. Zitiert nach B ö h m e 579.

<sup>56</sup> Vgl. z. B. Dietzel, H.: Die Theorie von den drei Weltreichen. 1900. — Schmoller, G.: Die Wandlungen der europäischen Handelspolitik des 19. Jahrhunderts, eine Säkularbetrachtung. In: Schmollers Jahrbuch. Bd. 24. 1900, S. 373 ff.

<sup>57</sup> Vgl. Wehler, H.-U.: Bismarck und der Imperialismus. 1969. — Meyer, H. C.: „Mitteleuropa“ in German Thought and Action 1815—1945. Den Haag 1955.

<sup>58</sup> Bracher, K. D.: Die Auflösung der Weimarer Republik. 1964.

<sup>59</sup> So z. B. in der Frage der Reichsreform. Politik in Bayern 1919—1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. von W. Benz, Schriften-



bisher unter der Autorität des Kaiserreichs nie echte politische Verantwortung getragen. Sie waren oft der Versuchung der Anpassung nach oben erlegen und konnten nunmehr als Träger der republikanischen Regierung nicht die integrierende Kraft entfalten, um die Weimarer Republik zu retten; zumal sie ständig unter dem Beschuß derer standen, die bisher den Staat getragen hatten. Die wirtschaftlich-sozialen Krisen wirkten sich politisch aus. Das Kleinbürgertum war proletarisiert worden und ein großer Teil des Bürgertums war in das Kleinbürgertum abgesunken. Denkstrukturen und Mentalität hatten aber diesen Wandel nicht mitvollzogen. So bestand in den mittleren und Teilen der unteren Schichten ein Gegensatz zwischen geistig-politischem Anspruch und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Realität. Dieser Antagonismus begünstigte das Verlagern der „Schuld“ auf einen „Feind“ — zum Beispiel das Judentum — und die Suche nach einer Autorität — den „Führer“ —, die das Vertrauen in den Staat wieder herstellen sollte<sup>60</sup>. Zur Etablierung des Faschismus mußte aber das fördernde Verhalten einflußreicher wirtschaftlicher Machtgruppen hinzukommen<sup>61</sup>. Dies war dann der Fall, als die nach hierarchischen Betriebsstrukturen geordnete Großindustrie durch Demokratisierung von Staat und Gesellschaft egalitäre Eingriffe befürchtete. Das Ende des liberalen Rechtsstaates war damit endgültig.

Das nationalsozialistische Regime wurde 1945 zerschlagen. Die gesellschaftliche Nivellierung<sup>62</sup> und der „Stoß in die Modernität“<sup>63</sup> durch das Dritte Reich führten neben den politischen Erfahrungen mit dem Faschismus zunächst bei *allen* politischen Gruppen zu gesellschaftsreformerischen Absichten. Einige der Reformen wurden in Gang gesetzt<sup>64</sup>.

Die Eingriffsmöglichkeiten der Besatzungsmächte und der wachsende Ost-West-Gegensatz vertagten aber die politische Konsolidierung des deutschen Volkes. Die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen wirkten vor allem im öffentlichen Dienst<sup>65</sup> und im Bildungswesen fort. So kam es zunächst zur staatlichen Konsolidierung in der Bundesrepublik Deutschland 1949. Dieser folgte über die rasche Restauration der wirtschaftlichen Eliten der faszinierende

---

reihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22/23 (1971). — Schönhoven, K.: Die Bayerische Volkspartei 1924—1932. 1972 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46).

<sup>60</sup> Vgl. u. a. Winkler, H. A.: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik. 1972.

<sup>61</sup> Petzina, D.: Hitler und die deutsche Industrie. Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966) 482 ff.

<sup>62</sup> Vgl. u. a. Schoenbaum, D.: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. 1968.

<sup>63</sup> Dahrendorf: Gesellschaft 416.

<sup>64</sup> Vgl. u. a. Eschenburg, Th.: Zur Vorgeschichte der Bundesrepublik. In: Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen I. Hrsg. von H. Steffen. 1970, S. 7 ff.

<sup>65</sup> Vgl. Hennis, W.: Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie. In: Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik — eine Bilanz. Hrsg. von R. Löwenthal und H.-P. Schwarz. 1974, S. 203 ff.



industrielle Aufschwung im sogenannten Wirtschaftswunder<sup>66</sup>. Die deutsche Bevölkerung war mit der materiellen und staatlichen Sicherung soweit zufrieden. Schließlich hatte sie sich die politisch-gesellschaftliche Integration noch nie erkämpft. Nach der gescheiterten Revolution von 1848, dem von oben verordneten Nationalstaat von 1870/71 war die demokratische Staatsform zweimal die Folge von verlorenen Weltkriegen. Die hohe Industrialisierung der Bundesrepublik und die allein daraus resultierende Weltgeltung hatten angesichts des Kalten Krieges bis in die 60er Jahre politische Überzeugungskraft und sicherten die staatliche Stabilität<sup>67</sup>. Nun, nachdem die Postulierung außenpolitischer Prinzipien zusehends in qualitative Veränderungen von Staats- und Gesellschaftsstruktur umschlagen, wirtschaftliche Maßnahmen unmittelbar zu gesamtgesellschaftlichen Problemen werden, Wirtschaftskrisen direkt zu politisch-gesellschaftlichen Spannungen führen, genügt die Fortschreibung der Politik der letzten 20 Jahre nicht mehr<sup>68</sup>. Es bedarf im Sinne der politischen Integration qualitativ neuer Lösungen, konkreter Utopien als Zielvorgabe, deren Substanz nur aus der Geschichte für eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik gewonnen werden kann. Nur so ist im Bewußtsein des heutigen Menschen das Gespenst vom Zerfall der Gesellschaft zu bannen.

### *Gesellschaft — Staat — Kultur*

Friedrich Nietzsche charakterisierte das politisch-kulturelle Klima des Wilhelminischen Reiches, indem er von der „Exstirpation des deutschen Geistes zu Gunsten des Deutschen Reiches“ sprach. Das gestörte Verhältnis von Geist und Macht erfaßt Thomas Mann — wenn auch von ihm nicht so gemeint —

<sup>66</sup> Zur ganzen Frage der Nachkriegsordnung vgl. Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — eine Bilanz. Hrsg. von R. Löwenthal u. H.-P. Schwarz. 1974. — Gimbel, J.: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945—1949. 1971. — Fraenkel, E.: Deutschland und die westlichen Demokraten. 1964. — Niethammer, L.: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besatzung. 1972. — Merk, P. H.: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland. 1965. — Demokratisierung in Staat und Gesellschaft. Hrsg. von M. Greiffenhagen. 1973. — Sörgel, W.: Konsensus und Interessen. 1969. — Huelsz, J.: Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945—1950. 1970 (Geistes- und Sozialwissenschaftliche Dissertationen 1). — Schwarz, H.-P.: Vom Reich zur Bundesrepublik. 1966. — Huster, E.-U. / Kraiker, G. u. a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949. 1972 (es 575). — Schmidt, E.: Die verhinderte Neuordnung 1945—1952. 1970. — Möckl, K.: Die Struktur der Christlich-Sozialen Union in Bayern in den ersten Jahren ihrer Gründung. Festschrift für Karl Bosl zum 65. Geburtstag. Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 36 (1973) 719 ff. — Heintz, E.: Der Beamtenabgeordnete im Bayerischen Landtag. Eine politologische Studie über die Stellung des Beamten in der parlamentarischen Entwicklung Deutschlands. Diss. 1966. — Dahrendorf: Gesellschaft. — Zapf, W.: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919—1961. 1965.

<sup>67</sup> Vgl. u. a. Stern, F.: The Failure of Illiberalism. London 1972, S. 226 f.

<sup>68</sup> Schwarz, H.-P.: Ausblick: Wie wird es weitergehen. In: Die Zweite Republik 928 f., 941 ff.

in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“. „Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und *nicht* Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. Der Unterschied von Geist und Politik ist, zum weiteren Beispiel, der von kosmopolitisch und international. Jener Begriff entstammt der kulturellen Sphäre und ist deutsch; dieser entstammt der Sphäre Zivilisation und Demokratie und ist — etwas ganz anderes.“ Die Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation, Gesellschaft und Kultur oder Staat und Kultur verkörpert allerdings eine typisch deutsche Tradition, die dem Westeuropäer fremd blieb. Die Ursachen dieser Entwicklung wurden auf verschiedene Weise gedeutet. Paul Joachimsen<sup>69</sup> sieht in der Reformation und der Obrigkeitslehre Luthers die Hemmnisse für die Entwicklung der Renaissance-Gesellschaft zur *politischen* Gesellschaft mit kulturell-staatlichem Selbstverständnis. In den deutschen Territorialstaaten orientierte sich das kulturelle Leben an der Person des Fürsten und nicht am Staat. Bildung wurde — oft durch die Kleinheit der Verhältnisse begünstigt — individuell verstanden. Politisch-soziales Wertdenken unterlag dem Humanitätsideal der „allgemeinen Bildung“ Kants und Humboldts<sup>70</sup>. Die „äußere“ Freiheit trat gegenüber der „inneren“ Freiheit in der bürgerlichen Selbstverwirklichung zurück. Nach Troeltsch war Freiheit im deutschen Sinne niemals rein politische, sondern immer mit der idealistischen Vorstellung von Pflicht und der romantischen Vorstellung vom Individuum verbunden. Politik und Gesellschaft (Kultur) wurden zu Fragen der Pädagogik und Ästhetik. Das Bildungsbürgertum erstand vor dem Besitzbürgertum<sup>71</sup>. Der Siegeszug der deutschen Wissenschaft hat hier in gleicher Weise seine Wurzel wie der sich vertiefende Widerspruch von Staat und gesellschaftlich-kulturellem Denken, von Demokratie und Kultur<sup>72</sup>.

Angesichts dieser Voraussetzungen konnte der deutsche Nationalstaat von 1870/71 kein geschlossenes gesellschaftlich-kulturelles Selbstverständnis entwickeln. Schon die nationalen Symbole waren innenpolitisch ohne Inhalt, ohne Programm<sup>73</sup>. Auch war Berlin in diesem Sinne keine Metropole. Das kulturelle Leben Deutschlands vollzog sich in gleicher Weise, wenn nicht stärker, in den Hauptstädten der Bundesstaaten oder gar außerhalb des Reiches in Wien und

<sup>69</sup> Joachimsen, P.: Zur historischen Psychologie des Deutschen Staatsgedankens. Die Dioskuren 1 (1922) 106 ff.

<sup>70</sup> F. Stern sagt es treffend: „Intellectually, the schools sought to prepare the universal man, but not the public-minded citizen; ...“ The Failure of Illiberalism. London 1972, S. 8.

<sup>71</sup> Zum ganzen Problemkreis vgl. Stern, F.: The Political Consequences of the Unpolitical German. In: The Failure of Illiberalism. London 1972, S. 3 ff. — Gadamer, H. G.: Wahrheit und Methode. 1960. — Auch Forsthoff, E.: Der Staat der Industriegesellschaft. 1971, S. 51 ff. Zur Frage der deutschen Identität als „centripetal evolution“. — Kahler, E.: The Germans. Princeton 1973.

<sup>72</sup> Vgl. Stern, F.: The Collapse of Weimar. In: The Failure of Illiberalism. London 1972, S. 193 ff.

<sup>73</sup> Vgl. Schieder, Th.: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat. 1961.

Prag. Bismarck suchte diesen Tendenzen nicht zu begegnen. Er und seine Nachfolger verschärften den Gegensatz einer wirtschaftlich-industriellen Wirklichkeit zur postfeudalen Sozialstruktur. Die verstärkte Herausbildung subkultureller Bereiche innerhalb der Gesamtgesellschaft beweist dies<sup>74</sup>. Subkulturelle Milieus zeichnen sich dadurch aus, daß ihre Mitglieder jeweils eigene Wertsysteme, Traditionen, wirtschaftliche Ausrichtungen, kulturell-geistige Orientierungen, politische Gruppierungen und Verhaltensweisen entwickeln. Politisch-soziale Isolierung seitens der staatlichen Macht führt zur Überordnung des Autonomiestrebens über die gesellschaftliche Integration. Katholiken und Arbeiter waren im zweiten deutschen Kaiserreich in diesem Sinne betroffen. Im Kulturkampf und unter dem Sozialistengesetz wurden sie mit den Parolen „Ultramontanismus“ und „Internationalismus“ des nationalen Verrats verdächtigt. „Geschlossenheit“ bei den Katholiken und „Solidarität“ bei den Arbeitern war die Antwort an das bürgerlich-protestantische Kaisertum und intensive Abkapselung die Folge der Regierungsmaßnahmen. Die Geschlossenheit der Katholiken ließ nach. Die Solidarität der Arbeiterschaft fand erst ihre entscheidende Öffnung mit dem Bad Godesberger Programm der SPD von 1959.

Die moderne Industriegesellschaft wurde damit in ihrer Entwicklung entschieden gehemmt. Zugleich fand aber durch die Konzentration und den Ausbau der Binnenstruktur der Sozialmilieus über weitgehende formale Regelmechanismen eine Stabilisierung der Gesamtgesellschaft statt. Roth nennt diesen Vorgang „negative Integration“<sup>75</sup>. Weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik gelang die „positive“ Eingliederung von Katholiken und Arbeitern in den Staat, da ein einheitliches gesellschaftlich-kulturelles Selbstverständnis sich nicht durchsetzen konnte. Die formale Rechtsstaatsidee beanspruchte nach wie vor Autorität. Max Weber vollzog den ersten Schritt zur Aufhebung des Gegensatzes von Macht und Geist, von Staat und dem sich gesellschaftlich-kulturell entfaltenden Volk. Er betonte, daß Gehorsam gegenüber dem Staat im Prinzip nicht mit Gewalt erzwungen werden dürfte. Der Staat müsse vielmehr in seiner geistig-kulturellen Selbstdarstellung Motor gesellschaftlicher Entwicklung sein.

Dieses Ziel ist bis heute nicht erreicht, obwohl sich die Bundesrepublik mindestens in der Verbindung der Rechts- mit der Sozialstaatlichkeit auf dem Weg dahin befindet. Der staatsbürgerkundliche Unterricht der 50er und beginnenden 60er Jahre konnte seinen Zweck zwar nicht erfüllen, aber inzwischen — nachdem das öffentliche Schul- und Bildungswesen in ein Trümmerfeld verwandelt worden ist — macht sich die Erkenntnis breit, daß Bildungspolitik nicht nur Kultur-, sondern auch Gesellschaftspolitik ist. Deutliche Wertorientierung von Bildung und Demokratie könnte in diesem Sinne Baustein einer Brücke zwischen Kultur und Gesellschaft sein. Weil es bisher eine solche Aus-

<sup>74</sup> Vgl. für das Folgende Lepsius, M. R.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift Friedrich Lütge. 1966, S. 371 ff.

<sup>75</sup> Roth, G.: The Social Democrats in Imperial Germany. Totowa 1963.



richtung auf Werte in einem System öffentlicher Tugenden nicht gibt, mußte beispielsweise im Bereich der Bundeswehr das Experiment der durch die „innere Führung“ geprägten Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ scheitern<sup>76</sup>. Das Handbuch „Innere Führung“ kam folglich bisher noch nicht zustande. Was bleibt, ist der Wille zur weiteren Reform<sup>77</sup>.

Gesellschaftliche Moral kann nicht verordnet werden. Sie entsteht im Prozeß der Ausformung einer politischen Mentalität und gesellschaftlicher Verhaltensweisen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß Fixierung auf das Materielle, Entwurzelung des Menschen aus seinem Herkommen und totale Manipulierbarkeit nicht weiterführen. Öffentliche Tugenden entstehen nur dann, wenn der Mensch sich seiner Vergangenheit bewußt ist, die über der Erkenntnis seiner gegenwärtigen Identität seine Schritte in die Zukunft legitimiert. Dem Staat kommt in seiner geistig-kulturellen Selbstdarstellung in der Tat dabei eine entscheidende Funktion zu. Ein gesellschaftlich-kulturelles Wertsystem konnte in der Bundesrepublik vor allem deshalb nicht entstehen, weil die Pluralität der offenen Gesellschaft nicht einer Pluralität der Denkformen, der soziokulturellen Verhaltensweisen entsprach. Die neurotische Verdrängung der Vergangenheit führte zwar dazu, daß man sie nicht oder nur in einer bestimmten Weise sah, aber die angesprochenen dichotomischen Strukturen bestimmen noch heute die politische und gesellschaftlich-kulturelle Mentalität der Deutschen. „Zu allen Zeiten ist die Kontinuität der sozialen Geschichte größer als die der politischen Geschichte . . .“<sup>78</sup>.

### *Gesellschaft im Übergang*

Die bisherigen Ausführungen scheinen wenig zu befriedigen. Sie bieten keine Lösungen und keine Ergebnisse, die zu Selbstgefälligkeit Anlaß geben. Die historische und soziologische Analyse verbreitet Ungewißheit, die beim Leser Unbehagen an der Wissenschaft auslösen könnte. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, Perspektiven einer künftigen Entwicklung aufzuzeigen.

Ungewißheit, wenn sie gewollt wird — und das ist sowohl bei Bejahung von Freiheit und von Demokratie notwendig<sup>79</sup> —, nimmt den Menschen unmittelbar in Pflicht und fordert von ihm konkrete Entscheidung. Dies ist auch der Grund, weswegen Ideologien, Dogmen, Weltanschauungen u. ä. Gewißheit versprechen. Entscheidung im verantwortungsethischen Verständnis und nicht im Sinne einer vorprogrammierten Manipulation verlangt die Möglichkeit der Entscheidung, also Teilnahme<sup>80</sup>. Die Gefahren des „pluralistischen Totalitaris-

<sup>76</sup> Vgl. auch Tenbrück, F.H.: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik. In: Die Zweite Republik 299.

<sup>77</sup> So das „Gutachten der Bildungskommission beim Bundesminister der Verteidigung“ zur „Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr“ 1971, S. 61 f.

<sup>78</sup> Dahrendorf: Konflikt 183.

<sup>79</sup> Ebenda 292 ff.

<sup>80</sup> Grundlegend über den Bereich der Verwaltung hinausgehend: Schmitt-Glaeser, W.: Partizipation an Verwaltungsentscheidungen. Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 31 (1973) 179 ff.



mus“<sup>81</sup>, des Versorgungsstaates als „Vorstufe des totalen Staates“<sup>82</sup> und des hemmungslosen Wachstums<sup>83</sup> fordern jetzt und erzwingen bald eine Veränderung der Humanität, der Bedingungen des Menschen. Diese Einsicht ist nicht so zukunftsorientiert, wie es scheint. Längst wird davon gesprochen und die Zukunftsforscher beschäftigen sich mit den Problemen<sup>84</sup>. Wenn sich die Diskussion bisher im wesentlichen im Bereich der Wissenschaft bewegte, dann deshalb, weil es nicht gelang, die Erfordernisse der neuen Humanität für den Großteil der Bevölkerung bewußtseinsmäßig aus der Vergangenheit zu legitimieren<sup>85</sup>. Krisendenken als Ausdruck der Ohnmacht zeigt sich allenthalben. Es muß in den realen Bereich der Ungewißheit zurückgeführt werden, um die daraus erwachsenden Probleme praktisch entscheidbar zu machen. Woraus resultieren die Krisenimpulse unserer heutigen Existenz?

Die Gesellschaft der Bundesrepublik ordnet sich wesentlich nach den Prinzipien Eigentum, Leistung und Wettbewerb. Diese Strukturelemente sind Traditionsbestand der bürgerlichen Gesellschaft seit ihrem Entstehen Ende des 18. Jahrhunderts. Gewachsen sind seither das Maß der Rationalität und die damit verbundene wirtschaftliche Expansion. Das bedeutet, daß die Aufklärung nicht überwunden wurde und eine immer höhere Entwicklungsstufe erreichte. Erst in unserer Zeit, da die genannten Strukturelemente in Frage gestellt werden, überschritt die Aufklärung durch den ständigen Zwang der Rechtfertigung ihrer Positionen den Kulminationspunkt. Die Gesellschaft und ihre Gruppen empfinden diese Entwicklung als Legitimationskrise.

Der Schutz des Eigentums ist eine Rechtsposition, die sich die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts vom Staat erkämpft hat. Diese Tatsache wirkt in der Sozialmentalität fort, daher kommt — obwohl die hoheitliche Mitgestaltung der Eigentumsordnung inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist<sup>86</sup> — dem Zugriff des Staates oder der Gemeinschaft auf das Privateigentum vitale Bedeutung zu<sup>87</sup>. Verschärft wird diese Einstellung insofern, als

<sup>81</sup> Schelsky, H.: Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20. Januar 1973. — Vgl. dazu Kriele, M.: Pluralistischer Totalitarismus? Eine Auseinandersetzung mit Helmut Schelsky. Merkur 301 (1973) 518 ff.

<sup>82</sup> Vgl. Schreiber, W.: Um die soziale Sicherheit. In: Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — eine Bilanz. Hrsg. von R. Löwenthal u. H.-P. Schwarz. 1974, S. 790 ff.

<sup>83</sup> Vgl. z. B. Millendorfer, J.: Äußere und innere Grenzen des Wachstums. In: Wort und Wahrheit 28 (1973) 400 ff. — Zimen, K.-E.: Globalbilanz der Energiekrise. Süddeutsche Zeitung v. 30. November 1973.

<sup>84</sup> Vgl. Steinbruch, K.: Falsch programmiert. 1968. — Ders.: Programm 2000. 1970. — Fourastié, J.: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. 1969.

<sup>85</sup> Planung kann nur für den materiellen Bereich gelten. Planung der Veränderung der menschlichen Verhaltensweisen führt zu Programmierung und Manipulation, zur Planungsideologie. Vgl. u. a. Tenbrück, F. H.: Zur Kritik der planenden Vernunft. 1972. — Planung Bd. 1. Hrsg. von J. H. Kaiser. 1965.

<sup>86</sup> Vgl. u. a. Rittner, F.: Öffentliche Elemente der Unternehmensverfassung. In: Planung 5 (1971) 59 ff. — Eigentum und Recht. In: Zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern. Bd. 1. 1971.

<sup>87</sup> Vgl. Das Eigentum als Fundament der Rechts- und Gesellschaftsordnung. Jahrestagung 1973 des Instituts der deutschen Wirtschaft. Hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft. 1973.

im deutschen Verständnis Eigentum primär Sacheigentum ist<sup>88</sup>. Im differenzierten gesellschaftlich-öffentlichen Denken der Angelsachsen hingegen besteht Eigentum vor allem in privat- und öffentlich-rechtlichen Ansprüchen. Der sichtbare Gegensatz entspringt in der Tat weitgehend nur einer unterschiedlichen Mentalität und den unterschiedlichen Traditionen, denn der deutsche Gesetzgeber arbeitet gleichfalls seit geraumer Zeit, mindestens seit Verwirklichung der Sozialstaatlichkeit mit einem weiteren, funktionalen Eigentumsbegriff. Im übrigen zwingen die Lebensbedingungen des Menschen der Industriegesellschaft zu infrastrukturellen Maßnahmen in den Bereichen von Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Freizeit und Verkehr, die eine teilweise Auflösung des engen bürgerlich-dualistischen Eigentumsdenkens nach sich ziehen.

Der Wandel vom „Sach“-Eigentum zum „Anspruch“-Eigentum führt letztlich zu einem Rückgang der gesellschaftsbildenden Kraft des reinen Warenmarktes. Leistung und Wettbewerb werden zwar die sozial und wirtschaftlich differenzierenden Normen bleiben, aber die Tendenz, ihre Effektivität allein an Produktionsziffern zu messen, wird rückläufig. Daneben wirken weitere relativierende Faktoren. Einkommensnivellierung, Verringerung der Möglichkeiten sozialen Aufstiegs durch Schaffung von Arbeitsfeldern mit nicht mehr individuell nachprüfbarsten Leistungen und zunehmende an beruflicher Bedarfsplanung orientierte Ausbildung verringern darüberhinaus die Leistungsmotivation, entwerten Leistung<sup>89</sup> oder führen zu Leistungsverweigerung<sup>90</sup>. Auch wenn Gleichheit der Chancen nicht Gleichheit der Ergebnisse bedeuten muß, zeigt sich doch, daß über wachsende Daseinsvorsorge und Solidarität von Arbeitnehmergruppen der Spielraum und der Anreiz von Leistung eingeengt wird. Deutlicher als das liberale Prinzip der Leistung ist jenes des freien Wettbewerbs einem Wandel unterworfen. Nationale wirtschaftliche Konzentrationsbewegungen sowie deren internationale Verflechtungen und außenpolitische Rücksichtnahmen ersetzen den Markt der freien Konkurrenz zunehmend durch ein System privater, öffentlicher und zwischenstaatlicher Absprachen. Im Zusammenhang gesehen, werden also Leistung und Wettbewerb immer mehr zu einer Fiktion. Diese Entwicklung wird den Menschen umso bewußter, je mehr private — in der wachsenden Freizeit des einzelnen — und öffentliche Bereiche — im Lebensraum der Studenten, der Rentner, der Soldaten, der Schüler, der Kranken usw. — sich dem unmittelbaren Einfluß des Marktes und des Arbeitslebens entziehen.

Die inhaltliche Neubestimmung der Formprinzipien der Gesellschaft der Bundesrepublik wird auf diesem Hintergrund zur notwendigen Konsequenz. Hier kann es natürlich nicht um eine neue Definition gehen, vielmehr bedarf es einer Änderung der Verhaltensweisen und Denkformen. „Wir handeln falsch, weil wir falsch denken“, formuliert Georg Picht und erteilt dabei der moder-

<sup>88</sup> Friedmann, W.: A Law in a Changing Society. Calif. Univ. Press 1959 (revidierte deutsche Fassung unter dem Titel: Recht und sozialer Wandel. 1969).

<sup>89</sup> Vgl. Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch. 1968.

<sup>90</sup> Vgl. Mitscherlich, A.: Vom Protest zum Leistungsverfall. Merkur 300 (1973) 365 ff.

nen Wissenschaft eine Absage, da sie als Grundlage der „ökonomischen und gesellschaftlichen Praxis unserer Zivilisation die Biosphäre des Menschen zu zerstören droht“<sup>91</sup>. Wissenschaftsgläubigkeit führt also höchstens in ihrer Verneinung weiter. Bleibt die Frage nach der Moral. Ihre Wertsysteme fächern sich vom Anspruch universaler Geltung einer Weltzivilisation der hochindustrialisierten Länder bis zur Verpflichtung persönlicher Heilserwartung. Öffentliche Tugenden und politische Ethik könnten für die bundesdeutsche Gesellschaft daraus nicht entstehen<sup>92</sup>. Der Staat — bisher ohne eigentliche geistig-sittliche Selbstdarstellung — hat in seinen Bemühungen keinen Erfolg. Die Erkenntnis der Krise des Normensystems führte noch nicht einmal zu einem Minimalkonsens<sup>93</sup>. Wie hier zeigt sich das historisch belastete Verhältnis von Kultur und Gesellschaft auch im Verständnis von „Kunst als Ärgernis“<sup>94</sup>. Im bürgerlichen Verständnis des 19. Jahrhunderts war Kunst Ausdruck des Ästhetischen und des Schönen. Sie diente der sublimierten Selbstdarstellung des Bürgers. Schon damals blieb der gesellschaftskritische Reflex beispielsweise in der Sezession und der Bohème nicht aus. Aber erst heute bestehen Tendenzen zur pädagogischen Auflösung des Kunstwerkes. Der gesellschaftliche Schein soll zerstört werden, indem der Herstellungsvorgang sichtbar, die Masse angesprochen und in einer bewußt artikulierten Subkultur gegen die Vermarktung der Kunst protestiert wird<sup>95</sup>.

Alle diese beschriebenen Krisenimpulse treten im allgemeinen nicht offen, nicht explosiv zutage. Sie sind strukturbedingt und kündigen langfristige qualitative Veränderungen traditionellen Denkens und Handelns an, ohne Lösungen beschreiben zu können. Die damit angesprochene Gesellschaft im Übergang<sup>96</sup> ist allerdings — soviel läßt sich sagen — noch in ihrer dichotomischen Phase. Erst mit der völligen Durchsetzung der Pluralität der Weltanschauungen, der gesellschaftlichen Gruppen und der Mentalitätsformen wird sie den Höhepunkt ihrer Entwicklung in der Übergangsperiode erreichen.

### *Die ostdeutschen Heimatvertriebenen*

Die Beendigung der Übergangsphase unserer gesellschaftlichen Entwicklung hängt ab von der Schaffung einer Wertordnung mit Integrationskraft<sup>97</sup>. Dieses System öffentlicher Normen ist ebensowenig bekannt wie das Bild der künftigen Gesellschaft. Trotzdem kann es verwirklicht werden, allerdings nur von

<sup>91</sup> Picht, G.: Theorie und Meditation. Merkur 311 (1974) 301 ff.

<sup>92</sup> Dahrendorf: Gesellschaft 313 ff.

<sup>93</sup> Ropohl, G.: Technik und Gesellschaft. In: Die Zweite Republik 311 ff.

<sup>94</sup> Hentig, H. v.: Kunst als Ärgernis. Merkur 311 (1974) 328 ff.

<sup>95</sup> Rohrmoser, G.: Herrschaft und Versöhnung. Ästhetik und die Kulturrevolution des Westens. 1972.

<sup>96</sup> F. H. Tenbruck zeigt dies anhand der „Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik“. In: Die Zweite Republik 289 ff.

<sup>97</sup> Fortschritt wohin? Zum Problem der Normenfindung in der pluralen Gesellschaft. Hrsg. von W. Oelmüller. 1972.



Menschen, die aus der Gewißheit ihrer Vergangenheit die Ungewißheit ihrer Gegenwart durch Teilnahme entscheiden<sup>98</sup>: Der Weg führt zunächst zur Lösung der strukturellen Krisen.

Die Philosophie (Hermann Lübbe) hat längst erkannt, daß geschlossene Systeme in unserer Zeit keine allgemeine Anerkennung erwarten können. Das Gleiche gilt für Gesellschaftssysteme in einer pluralistischen Gesellschaft. Es bleibt also nur der induktive Weg des Aufbaus einer neuen Ordnung durch ständige Bewältigung von Einzelproblemen<sup>99</sup>. Individuelles Engagement kann hierfür nur Voraussetzung sein. Die Lösung der strukturellen Krisen erfolgt in differenzierten Industriegesellschaften durch Gruppen. Entscheidend ist nur, daß in diesem Sinne politische und gesellschaftliche Verantwortung nicht zum Monopol von Parteien und Verbänden wird. Denn Demokratisierung ist „vor allem auch die Garantie der Prozesse, durch die man Politik, und d. h. fortgesetzte Selbstbestimmung lernt“<sup>100</sup>.

Hierin liegt nun die Chance der ostdeutschen Heimatvertriebenen<sup>101</sup>, durch Integration der Assimilierung zu entgehen<sup>102</sup>. Integration bedeutet also, durch intensive Willensbildung innerhalb der Gemeinschaft die eigene Identität zu betonen und die Chance wahrzunehmen, die Geschicke der Gesellschaft mitzugestalten, um auf den Staat zu wirken. Hingegen bedeutet es den ersten Schritt zur Assimilierung, wenn die offiziellen Vertreter der Gemeinschaft den Kontakt zu den Mitgliedern verlieren. Dies ist in der Tat ein wichtiges Problem. In der Bundesrepublik Deutschland leben zwar ca. 10 Millionen Heimatvertriebene, also auch für eine Massengesellschaft eine durchaus relevante Zahl, aber empirische Untersuchungen haben ergeben, daß sich Vertriebene und Westdeutsche in ihrer gegenseitigen Beurteilung stärker voneinander unterscheiden als in ihrer *gemeinsamen* Einstellung zu politischen Fragen und solchen des öffentlichen Lebens. Für das darin sichtbare Moment der Anpassung spricht auch, daß die normale soziale Eingliederungsphase von zehn bis fünfzehn Jahren abgelaufen ist. In die nämliche Richtung wirkten trotz aller Vorbehalte die Maßnahmen des Lastenausgleichs und Möglichkeiten sozialen Aufstiegs. Im übrigen darf die psychologische Tatsache nicht vergessen werden, daß sich nunmehr die Gastarbeiter in der Rolle des gesellschaftlichen Außenseiters befinden.

<sup>98</sup> H e n t i n g, H. v.: Mehr Staat? Merkur 304 (1973) 812 fordert vom einzelnen einen dauernden Lernprozeß in öffentlichen Problemen sowie Teilnahme an deren Entscheidung.

<sup>99</sup> H ä t t i c h, M.: Geschichtsbild und Demokratieverständnis. In: Die Zweite Republik 922 ff.

<sup>100</sup> H e n t i g.

<sup>101</sup> Für die ostdeutschen Heimatvertriebenen wurde hier nur der allgemeine Rahmen abgesteckt, da sich weitere Referate mit der speziellen Problematik befassen.

<sup>102</sup> Vgl. zum Gesamtproblem und zum Folgenden: Die Vertriebenen in Westdeutschland. Hrsg. von E. L e m b e r g und F. E d d i n g. 3 Bde. 1959. — Z i e m e r, G.: Deutscher Exodus, Vertreibung und Eingliederung von 15 Millionen Ostdeutscher. 1973. — J o l l e s, H. M.: Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. 1965. — H i n s t, K.: Das Verhältnis zwischen Westdeutschen und Flüchtlingen. Eine empirische Untersuchung. 1968.



Im ganzen bleibt festzustellen, daß die Heimatvertriebenen — auch wenn nur acht von zehn Befragten ihr Verhältnis zu den Westdeutschen als gut bezeichnen und unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Einschätzung der eigenen Situation und des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie politischen Engagements bestehen — heute funktional eine Großgruppe unter anderen sind. Ihre Mitglieder kennen sich meist nicht, haben aber neben der Abstammung noch gemeinsame Merkmale, Eigenschaften und Interessen. Trotzdem wird die Zukunft der Heimatvertriebenen als Gemeinschaft von der Glaubhaftmachung ihrer kulturellen Ziele sowie ihrem Beitrag zur Lösung übergreifender gesellschaftlicher Probleme abhängen. Nur so ist eine breite Wirkung im Binnenverhältnis der Gemeinschaft zu erzielen. Vertriebenenpolitik muß Gesamtgesellschaftspolitik sein. Beschränkung auf ausschließlich partikulare Interessen vertieft die Legitimitätskrise des Staats im gesellschaftlichen Bereich. Damit bleibt „die deutsche Frage . . . . nicht eine politische Frage an andere, sondern eine soziale an uns selbst“<sup>103</sup>.

---

<sup>103</sup> D a h r e n d o r f : Gesellschaft 464.